

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 23614



Erscheint seit dem Jahre 1841

Abdruck ist mit Ausnahme der Überschriften nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag, Morgens 6 Uhr für den darauffolgenden Tag, durch den Verleger zu tragen in der Stadt monatlich 6.40 Mk., auf dem Lande 6.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13.50 Mk. mit Postgebühren. Alle Poststellen und Postämter sowie Briefkästen und Briefschlösser nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung der Bestellungen.

Abdruckpreis 1 Mk. für die 4spaltige Zeile über dem Namen, 2spaltig 1.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag, andererseits, Bestimmung im einzelnen Teil von den Zeitungen die 2spaltige Zeile 3 Mk., 4spaltige Zeile 4.50 Mk. Angegebener Preis vorläufig 10 Uhr. Für die Abdruckkosten durch Fernsprecher sind Gebühren vor dem Abdruck anzubringen, wenn der Betrag durch Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpffig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 80.

Donnerstag den 7. April 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Lichtgeld für März 1921 ist spätestens bis zum 13. d. M. an die Stadtkasse — Zimmer Nr. 1 — zu bezahlen. Nach Ablauf einer 14-tägigen Frist erfolgt zwangsweise Verreibung. Für die Giroteilnehmer erfolgt die Abhebung der Beträge durch die Stadtkasse. Wilsdruff, am 5. April 1921. Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Zwangsverwaltung des Tabaks soll zum 1. Juli aufgehoben werden.
- * Reichsaussenminister Dr. Simons kehrt in den nächsten Tagen aus der Schweiz zurück und übernimmt wieder die Leitung der Geschäfte.
- * Die Unabhängigen beantragen im Reichstag die Aufhebung der Ausnahmegebiete und des Besatzungsstatus.
- * Als Vermittler zwischen den Reichspräsidenten wird neuerdings der Zentrumsvizepräsident Frosch genannt.
- * In Mitteldeutschland sind bis jetzt 3642 Personen unter der Besatzungsdiktatur verhaftet worden, an dem Ruffen teilgenommen zu haben.
- * In Schraplau bei Giebeln wurden sechs Kommunisten handrechtlich erschossen.
- * Kaiser Karl hat Ungarn verlassen und ist nach der Schweiz zurückgekehrt.
- * Lloyd George erklärte im Unterhaus, daß mit den Deutschen hinsichtlich der Währungsfrage keine neuen Verhandlungen im Gange sind.
- * Der Bruder des Königs von Griechenland, Prinz Andreas ist bei den Kämpfen in Kleinasien gefallen.

Unverwundlich.

Wenn es eine Gruppe des deutschen Erwerbslebens gibt, die wie man meinen sollte, allen Grund hätte, den Kopf hängen zu lassen und an der Möglichkeit des Wiederaufbaus an ihrem Teile zu verzweifeln, dann müßte es die deutsche See- und Handelsflotte sein. Sie, die vor dem Kriege auf allen Meeren fast die erste Rolle spielte, die sich jenen konnte in einem Ausmaß, den sonstigen Nationen in ganz ungewöhnlicher Art und Weise entgegenzusetzen wurde, sie sah sich mit dem Friedensvertrag von Versailles so ziemlich bis auf den Grund vernichtet. Alles wurde ihr genommen, was bis dahin ihren Stolz ausgemacht hatte, und es war ganz gewiß nicht schwer zu erkennen, daß es auch in diesem Falle nicht etwa bloß um Wiederherstellung oder Wiedergutmachung abgesehen war, sondern um völlige Zerstörung des imposanten Gebäudes, das deutscher Fleiß und deutscher Ordnungssinn unter tatkräftiger Führung wagemutiger Hanseaten binnen wenigen Jahrzehnten aufgerichtet hatte. Und wer zusehen mußte, wie der völlig verwahrloste Hamburger Hafen z. B. sich schon im Sommer 1920 zwar wieder mehr und mehr zu beleben begann, wie dabei aber die deutsche Flagge hinter allen möglichen und unmöglichen fremdländischen Hoheitszeichen völlig verschwand, der mußte wohl, voller Behmut im Herzen, daran glauben, daß das Schicksal der deutschen Handelsflotte endgültig besiegelt sei.

Aber unsere unverwundlichen Hanseaten sind anderer Meinung. Wohl müssen sie zugeben, daß die großen deutschen Reedereien zu Agenden und Masten ausländischer Schiffahrtsgesellschaften geworden sind, ihre Selbständigkeit damit also für den Augenblick verloren haben; aber sie denken gar nicht daran, sich tatenlos in diesen aufgewundenen Zustand zu schicken. Was ihnen vielmehr vorzugsweise das hat Geheimrat Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, dieser Tage auf dem Deutschen Seeschiffertag in Berlin mit herzlicher Zuvorkommenheit auseinandergesetzt. Zwar gestattete die den Reedereien bewilligte Entschädigung nur Ersatzbeschaffung für ein Drittel der ihnen geraubten Handelsflotte; sie werden auch nicht einmal den großen Vorsprung ausbilden können, den Industrie und Technik bei uns vor anderen Nationen voraus haben, und wir werden, statt wie früher Passagierdampfer zu bauen, die wie früher allen ihren Konkurrenten auf den Meeren überlegen waren, uns auf die Herstellung von Frachtschiffen mit Passagierkapazität in einfacher und kostgünstiger Form beschränken müssen. Aber die großen Reedereien sind fest entschlossen, bei dem Zukunftsprogramm nicht etwa ihre Sonderinteressen in den Vordergrund zu stellen, sondern auch diejenigen der mittleren und kleinen Betriebe voll zu berücksichtigen, um so zu erreichen, daß alle an dem Wiederaufbau beteiligten Kräfte ihr Bestes hergeben. Dabei muß die für den Innenaufbau in Betracht kommende Industrie ebenso zu lebendiger Mitwirkung herangezogen wie der alte vortreffliche Stamm von Seeleuten, über den wir immer noch verfügen, mit seiner früheren, vorbildlichen Manneszucht in den Dienst der neuen Handelsflotte eingestuft werden. Augenblicklich herrscht harter Stillstand im Frachtenverlehe, eine Folge des Abzuges auf allen Märkten. Die Ausländer können warten, bis die Konjunktur wieder ansteigt, denn sie haben in den Kriegsjahren mehr als reichlich verdient, während die deutschen Reeder von allen Erwerbsmöglichkeiten so gut wie völlig abgeschnitten waren. Aber trotz

dem drängen sie wieder hinaus auf die Hochstraßen der Welt — Lastrast und Hanseatengeist ist nicht erloschen. Die Röhre zusammengeklappt und in summer, hartnäckiger Arbeit das Ziel ins Auge gefaßt, etwas anderes kann es für deutsche Männer jetzt nicht geben. Der Irrtum des Versäufeltes Vertrages schafft mehr und mehr chaotische Zustände in der Weltwirtschaft, deren Unhaltbarkeit schließlich auch von anderen als deutschen Sachverständigen erkannt werden wird. Schon jetzt geben auch ausländische Reeder ihre Entrüstung darüber zu erkennen, daß ein Teil der aus Deutschland weggeführten Schiffstomage in fremden Häfen völlig brach liegt, während er im Dienste des deutschen Schiffsverkehrs der gesamten Weltversorgung gute Dienste leisten könnte. Man bietet diese nutzlos festgehaltenen Schiffe jetzt sogar ihren früheren deutschen Eigentümern zum Rückkauf an — ähnlich wie Frankreich und Belgien, selber bis an den Rand mit Kohlenvorräten vollgestopft, erhebliche Teile der deutschen Lieferungskosten an andere Verbraucher zu anständigen Verdienstspreisen weitergeben.

Alle diese seltsamen Erscheinungen werden unsere Hanseaten nicht irren machen. In Verbindung mit der deutschen Industrie wollen sie alle Kräfte anspannen, um selbstverständlich ohne den Lärm eines gegenseitigen Wettbewerbes, den wir uns jetzt unter keinen Umständen leisten können, mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte so rasch wie möglich vorwärtszukommen. Von der Furcht vor Errichtung einer maßgeblichen Kontrolle ihrer Betriebe durch die Schwerindustrie werden sie nicht geplagt. Eine Arbeitsgemeinschaft ist es, die sie mit den Männern der Industrie antreiben und von der sie gewiß sind, daß sie uns über die schwersten Zeiten, die uns noch bevorstehen, erfolgreich hinwegführen wird. Nicht gebeugt, sondern erheben sie Hauptes sieht die Schiffahrt der Zukunft entgegen.

Von dem gleichen Geiste zeigte sich auch der Verein der Kapitäne und Schiffsoffiziere deselbst, dessen Vorsitzender, Kapitän Freyer, nach Geheimrat Cuno zum Wort kam. Auch diese Kreise wollen ihre ganze Kraft für die Arbeitsgemeinschaft einsetzen; auch sie vertrauen dem unverwundlichen deutschen Seemannsgeist, der sich von den Erhebungen, mit denen er vorübergehend zu kämpfen hatte, wieder freimachen werde. In dieser Zuversicht werden die schiffahrtstreibenden Kreise unseres Volkes mit allem Nachdruck an die Arbeit gehen.

Amerikas Friedensvermittlung.

Parteinahme für Frankreich.

Nach den letzten Meldungen aus Washington scheint alles darauf hinzudeuten, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Regelung der internationalen Lage den Hinweisen entsprechen wird, die in den letzten Tagen mehrfach veröffentlicht wurden.

Einerseits entschiedene Gegnerschaft, und zwar mehr noch in politischen Kreisen als in der öffentlichen Meinung, gegen alles, was die ähmer Politik der Vereinigten Staaten an die Politik der Verbandsregierungen im allgemeinen und besonders hinsichtlich des Völkerbundes setzen würde; sodann eine Bewegung zugunsten der Entschleunigung des Senats für einen Sonderfrieden mit Deutschland und daneben noch, und zwar in politischen Kreisen, zugunsten einer kategorischen Erklärung, daß keine Rede davon sein könne, den Verbandsmächten ihre Schulden zu erlassen, was allerdings ein weitgehendes Entgegenkommen nicht ausschließen soll.

Andererseits hat man Frankreich gegenüber fast einstimmig den Wunsch, es nicht in Stiche zu lassen. Deutschland wurde bereits von den Vereinigten Staaten in Kenntnis gesetzt, daß sie nichts unternahmen wollen, was irgendwie als ein Fallstrick der Sache der Verbandsmächte betrachtet werden könnte. Man kann damit rechnen, daß die Entschleunigung des Senats An: zur Annahme gelangen wird mit einem Zusatz, der für die französischen Wünsche befriedigend ist und gleichzeitig der Politik der republikanischen Partei entspricht.

Die Resolution Knox.

Der amerikanische Senator Knox hat einem französischen Pressevertreter folgende Erklärung abgegeben: Frankreich, England, Italien, Japan und ganz Europa lebten im Frieden mit Deutschland, nur Amerika befand sich noch im Kriegszustand mit ihm. Das müsse aufhören. Amerika könne aber den Friedensvertrag von Versailles, der das Völkerbündnis enthält, nicht annehmen. Er enthalte Stipulationen über die Grenzen in Mitteleuropa, die die Amerikaner nicht interessierten und Stipulationen im Fernen Osten, denen Amerika nicht zustimmen könne. Die Amerikaner wollten jedoch nicht, daß über die au-

künftigen Absichten Mißverständnisse herrschten, und damit weder Deutschland noch sonst jemand sich täusche, werde er seiner Resolution eine Zusatzklausel beifügen, daß, wenn der Zivilisation aufs neue eine Gefahr drohe, wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen! adern, die sich in Gefahr befänden, in Verbindung treten würden. Senator Knox versprach dem Vertreter, ihm die Zusatzklausel zu seiner Resolution mit der Begründung mitzuteilen. Diese Begründung sei in energischem Tone gehalten. Senator Knox habe jedenfalls an Frankreich gedacht, als er sie geschrieben habe, denn sie enthalte eine feierliche Garantie für die Zukunft. Auf die Frage, warum die Resolution nichts über die Reparationspflicht enthalte, erklärte Knox, der amerikanische Senat habe die Absicht, die Gegenwart zu regeln; er könne nur die großen politischen Linien der Zukunft festlegen. Auf die Frage, ob er die Mittelung von Harding über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige, habe der Senator geantwortet: Vollkommen. Die Resolution Knox werde im Senat im Mai zur Diskussion gelangen. Die Debatte werde lang und heftig sein. Die öffentliche Meinung in Frankreich würde unrecht haben, wenn sie auf ihre Zurückweisung rechne.

Karl IV. abgereist.

Das Ende des ungarischen Abenteuers.

Das Abenteuer ist zu Ende. Wenigstens vorläufig. Die Vorstellungen von allen Seiten, die unverbändlichen Drohungen der Entente haben dem Präsidenten und seinen etwaigen Anhängern die Ausichtslosigkeit des Unternehmens so deutlich vor Augen geführt, daß der ehemalige Kaiser endlich wieder von Seinemanager abgereist ist. Aus Wien wurde gemeldet:

Der Kaiser Karl hat Dienstag vormittag um 10 Uhr 35 Minuten Seinemanager verlassen und durch das deutsch-österreichische Gebiet die Rückfahrt nach der Schweiz angetreten. Der Zug wurde, entsprechend einem im Ministerium in Wien gefaßten Beschlusse, von Vertrauensleuten der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei begleitet. Der ungarische Minister des Auswärtigen, Géczy, der sich während dieser Tage in Seinemanager aufhielt, ist zurückgekehrt.

Der österreichische Minister des Innern, Baron Glanz, ist ebenfalls zurückgekehrt. Wie die „Reichspost“ meldet, hat der ihr politisch nahestehende Dr. Glanz es nicht billigen wollen, daß auf der Rückreise der „Hofzug“ Karl von sozialdemokratischen Abgeordneten und Volkswehrleuten begleitet werde. Die „Reichspost“ sagt, Dr. Glanz habe es nicht mit seinem „Lafagehül“ vereinigen können, diese Maßnahme mit seinem Namen zu decken.

Nach einer Budapest Meldung erklärte der ungarische Ministerpräsident Graf Tisla Partifreunden, er werde alsbald nach der Abreise des Kaisers das gesamte Material der Öffentlichkeit übergeben, wobei es zu sensationellen Enthüllungen kommen werde. Die Kaiserin Zita erklärte dem schweizerischen Oberkonsul gegenüber, der die Untersuchung in Bruggs führt, daß sie allein für das Unternehmen ihres Gemahls verantwortlich sei, denn sie habe ihren Mann dazu aufgemunter.

Die englische Industriekrise.

Verhandlungen in letzter Minute.

Wird der „Arbeiter-Dreibund“, die Transport- und Eisenbahngewerkschaften neben den Bergarbeitern, die von diesen angegebene Streikparole aufnehmen? Das ist die Frage, die alle Gemüter bewegt. Wenn der Arbeiter-Dreibund den Streik erklärt, würden insgesamt sieben Millionen Mann die Arbeit niederlegen. Das wäre die größte Krise, die bisher die englische Industrie bedroht hätte.

Die Arbeiterpartei behauptet, daß die ungeheure Gefahr, die die Nation bedroht, leicht beigelegt werden könnte, wenn das Gesetz, welches die Staatskontrolle über die Mägen am 31. März aufhebt, und das die Unterdrückung der Bergarbeiter enthält, seine Gültigkeit bis zum 31. Mai beibehält, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer Zeit hätten, eine Grundlage für eine Verständigung zu suchen. Die Arbeiter bestehen darauf, daß es unmöglich ist, mit den Löhnen zu leben, die man ihnen jetzt anbietet.

Besprechungen mit der Regierung.

Während die Berichte aus den Kohlenbezirken eine Verschärfung der Kampf Stimmung melden und bereits 22 Ortsverbände der Eisenbahner für die Beteiligung am Ausstand gestimmt haben, lassen die Verhandlungen der Regierung mit den Führern der Bergarbeiter eine Ver-